

Am 03.09.24, 14:44 schrieb Juergen Holdefleiss:

Liebe Mitglieder der Interessengemeinschaft,

soeben hatte ich ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter des Bundespräsidialamtes, Herrn Dr. Oliver Schmolke. Das Gespräch war verabredet.

Voraussetzung für das Gespräch: 6 Jahre Kommunikation mit dem Bundespräsidenten bzw. dem Präsidialamt, Petition vom 30.04.2024, Tirtel "Beschwerde über die Untätigkeit der politischen Verantwortungsträger".

Ergebnis:

Herr Dr. Schmolke erklärte, daß der Bundespräsident, wie in seinem Schreiben vom 25.02.2019 erklärt, alles in seinen Möglichkeiten stehende getan habe, um die Bundesregierung aufzufordern, das Problem zu lösen. Noch mehr könne man nicht tun. Im übrigen sollten wir davon absehen, künftig weiterhin Schreiben an das Bundespräsidialamt bzw. den Bundespräsidenten zu verschicken.

Auf meine Frage, was konkret des Bundespräsidialamt denn getan habe, kam die Antwort, daß man das BMAS kontaktiert habe. Dort habe man erklärt, daß man den Sachverhalt genauestens geprüft und festgestellt habe, daß alles seine Richtigkeit hat.

Herr Dr. Schmolke erklärte, daß es auch eine höchstrichterliche Entscheidung gäbe, die die von uns kritisierte Verfahrensweise stütze und uns unrecht gibt. Meine Entgegnung, daß es eine solche Entscheidung nicht gibt, sondern lediglich die Weigerung des BVerfG, keine Entscheidung treffen zu wollen, blieb ohne Resonanz.

Herr Dr. Schmolke ließ vom Bundespräsidenten ausrichten, er sei übrigens sehr ungehalten gewesen, als er in Bayern noch einmal von jemandem (angeblich noch einmal von mir selbst) mit dem Thema "Rente" belegt worden sei. Ihm sei doch alles bestens bekannt.

Auf meine Frage, wie man denn mit der o.g. Petition verfahren wolle, erhielt ich von ihm die überraschende Antwort, daß seine Abteilung nicht die Absicht habe, ein Bürgeranliegen zu einem Thema zu bearbeiten, das auch beim Bundestag anhängig sei. Meine Entgegnung, dem Bundestag liegt eine Beschwerde zur Rentenproblematik vor, während es bei der Petition im Bundespräsidialamt um den Sachverhalt "Beschwerde über die Untätigkeit der politischen Verantwortungsträger" geht. Ein völlig anderer Gegenstand also. Ein Gegenstand, der mit dem Zustand unserer Demokratie zu tun hat. Das spiele keine Rolle. Es bleibe dabei. Keine Bearbeitung.

Herr Dr. Schmolke: Unser Ansprechpartner sei nicht der Bundespräsident, sondern Bundesregierung und Bundestag. Meine Entgegnung: Diese sind kein Ansprechpartner, sondern Anschweigepartner. Und weil das so ist, die o.g. Petition. Diese dumme Bemerkung hat keine Wirkung erzielt.

Schlußfolgerung: Über dem Gespräch stand die Absicht, unser Vorbringen abzuwürgen. Die Verabschiedung war entsprechend frostig. Wir haben es durchweg mit Funktionären zu tun.

Herzliche Grüße,
Jürgen H.